



Medienkonferenz vom 20. Mai 2019 zum Frauen*streik

Lohn-Gleichstellung im Service Public?

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD

Die aktuelle bürgerliche Mehrheitspolitik mit Steuersenkungen, Privatisierungen, Budgetkürzungen und Abbau im Service Public läuft der Gleichstellung zuwider. Als Arbeitnehmerinnen und noch immer grossmehrheitlich zuständig für die gratis verrichtete Erziehungs- und Betreuungsarbeit sind wir Frauen auf öffentliche Dienstleistungen wie Kinderbetreuungsplätze und eine Gesundheitsversorgung mit Angeboten für betagte und hilfsbedürftige Menschen angewiesen – qualitativ gut und bezahlbar!

Dazu braucht es angemessene Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen in allen Bereichen des Service Public mit planbaren und kürzeren Arbeitszeiten, genügend Elternzeit und Pflegeurlaub für betreuende Angehörige. Da besteht dringender Handlungsbedarf. Insgesamt ist der Lohnunterschied im öffentlichen Sektor zwar im Vergleich zum Privatsektor rund 3% tiefer. Mit durchschnittlich 16,7%, wovon 35% nicht erklärbar und rein diskriminierend sind, ist der Unterschied aber immer noch viel zu hoch. Die öffentliche Hand sollte Vorbild sein!

Die zentrale Problematik im Service Public bzw. bei öffentlich subventionierten Institutionen ist jedoch die anhaltende Unterbewertung von den als klassische Frauenberufe taxierten Tätigkeiten. Dazu zählen sämtliche Berufe, wo sogenannte weibliche Eigenschaften gefragt sind wie Betreuung von Kindern, Kranken, Alten oder Hilfsbedürftigen.

In der Schule gilt, je kleiner die Kinder und je höher der Frauenanteil, desto tiefer sind die Löhne. So arbeiten im Kindergarten 87 – 95% und in der Sek II noch 40 – 47% Frauen, was bewirkt, dass die Kindergartenlehrpersonen, obwohl die gleichen Voraussetzungen wie bei Primarlehrer*innen gelten, einen tieferen Lohn kriegen. Zudem sind sie zur Zwangsteilzeit verurteilt, weil ein volles Kindergarten-Pensum nur als 85%-Anstellung gilt.

Krass ist die Geringschätzung der Betreuungsarbeit in der familienexternen Kinderbetreuung. Die Angebote werden zwar erfreulicherweise ausgebaut, aber die Kantone foutieren sich darum, die Arbeitsbedingungen auch nur minimal, geschweige denn optimal und im Sinne des Kindeswohls zu regeln und zu finanzieren. Die Löhne in den Kitas sind tief und liegen trotz Ausbildung als Fabe oft nur um Fr. 4000/mt. Das zwingt zu einer 100%-Anstellung aus Existenzsorgen, obwohl viele gerne Teilzeit arbeiten würden. Im Hort ist der Lohn zwar etwas höher, weil meist nur Teilzeitjobs angeboten werden, ist die Existenzsicherung wieder in Frage stellt. Die Hälfte des Personals hat keine adäquate Ausbildung und mit Praktikant*innen, die auf einen Ausbildungsplatz hoffen, wird Lohndumping betrieben – auch in Einrichtungen mit öffentlichen Subventionen. Gut ausgebildete Fachpersonen leiden unter der geringen Wertschätzung und verlassen den Beruf. Eine fatale Entwicklung, dem entgegengewirkt werden könnte: Unausgebildete und Praktikant*innen in Kitas dürfen nicht im Stellenschlüssel angerechnet werden.

Mit fehlender Anerkennung und Unterbewertung kämpft auch die Pflege in den Spitälern, der Spitex, den Alters- und Pflegeheimen. Die Arbeit im Gesundheitswesen ist anspruchsvoll und körperlich wie psychisch belastend, trotzdem sind die Löhne verhältnismässig tief. Die zunehmende Bürokratisierung als Folge der DRG-Fallpauschalen führt zu mehr Stress und immer weniger Zeit für die Betreuung der Patient*innen. Die Personalschlüssel entsprechen nicht dem realen Personalbedarf für eine umfassende, heilungsfördernde Pflege. Die Dienstpläne lassen keine Vereinbarkeit mit anderen (Familien-)Verpflichtungen zu. Fast die

Hälfte des Gesundheitspersonals steigt wieder aus dem Beruf aus. Aufgrund der demografischen Entwicklung bräuchten wir aber bis 2030 zusätzlich gegen 200'000 neue Pflegefachkräfte.

Problematisch sind die Arbeitsbedingungen in der Langzeitpflege und oft skandalös in der sogenannten «24-Std-Betreuung» in Privathaushalten. Bund und Kantone drücken sich seit Jahren, menschenwürdige Bedingungen zu schaffen und insbesondere die Frage der Bereitschaftsdienste angemessen zu regeln. Die fehlenden Investitionen in diesem Bereich treffen nicht nur die hier arbeitenden Frauen aus Polen, Rumänien etc., sondern auch die vielen Frauen, welche sich neben der Arbeit um pflegebedürftige Angehörige kümmern.

Lautstark werden wir deshalb am Frauen*streik u.a. fordern:

- Umfassende Investitionen der öffentlichen Hand in die Bereiche Kinderbetreuung und Pflege von Alten und Hilfsbedürftigen ohne Gewinnorientierung.
- Verbindliche Lohnüberprüfung im ganzen Service Public zur Ausmerzung von Lohnungleichheit.
- Aufwertung und höhere Einreihung von Frauenberufen, insbesondere in der Pflege und Kinderbetreuung.
- Bessere Regelung der Arbeitsbedingungen in der Kinderbetreuung. GAV als Voraussetzung für Zulassung und Subventionierung.
- Im Kindergarten wird 100% gearbeitet und entlohnt.
- Personalschlüssel und Dienstpläne in der Pflege, die vom realen Personalbedarf ausgehen. Nachhaltige Massnahmen gegen Berufsausstieg und Personalmangel. Rente mit 60 für das Pflegepersonal und Reduktion der Soll-Arbeitszeit.
- Unterstellung der 24-Std-Betreuung in Privathaushalten unter das Arbeitsgesetz. Der Lohn muss berücksichtigen, dass die Arbeit Hauswirtschaft, Betreuung und Pflege beinhaltet. Bereitschaftsdienste müssen angemessen bezahlt werden.
- Konkrete Massnahmen zur Verbesserung von Vereinbarkeit und privaten Verpflichtungen in Betreuungsberufen, u.a. in Bezug auf Dienstpläne, Pflegeurlaub, Freistellungen für familiäre Verpflichtungen).